

# KDV

# I / 2024

**ANTRAGSBUCH**

# SPD

MARZAHN-HELLERSDORF

# INHALTSVERZEICHNIS

## BILDUNG

1/1/24 – Duales Studium Lehrkräfteausbildung	3
2/1/24 – Schulhöfe rechtzeitig qualifizieren	3
3/1/24 – Schulplatzbedarf bei Wohnungsneubaugebieten individuell statt pauschal berücksichtigen	4
4/1/24 – Lehrkräfte gezielter an die Schulen mit dem größten Bedarf zuteilen	4
5/1/24 – Das Berliner Lern- und Teamhaus unter pädagogischen Aspekten evaluieren	5
6/1/24 – Kinder stark machen – Auch für Notfälle. Erste Hilfe und Notfallvorsorge-Kurse im Lehrplan verankern	6
7/1/24 – Multiprofessionelle Teams in die Schulen	7
8/1/24 – Produktives Lernen fest verankern	8
9/1/24 – Kostenfreies Mittagessen ohne Wert – 1 Euro pro Mahlzeit ist auch sozialverträglich	9
10/1/24 – Verschattung auf neu gebauten und sanierten Schulhöfen mitdenken- <b>beachten</b>	10

## DEMOKRATIE

11/1/24 – AfD-Verbot jetzt prüfen!	11
------------------------------------	----

## ENERGIE & UMWELT

12/1/24 – Anteil Erneuerbarer Energien im Gasnetz erhöhen	12
---	----

## FAMILIEN

13/1/24 – Toiletten auf die Spielplätze – fertig, los	13
---	----

## GESUNDHEIT

14/1/24 – Notfalldosen publik machen - „Im Notfall zählt jede Sekunde“	13
15/1/24 – Zweiklassenmentalität bei psychiatrischer Behandlung stoppen	14

## **KOMMUNALES**

16/1/24 – Clean-Tech-Business-Park retten – Berlins größtes innerstädtisches Industriegebiet in die Zukunft führen **15**

---

17/1/24 – Generationenwechsel im Bezirksamt mit Konzept – Die Chance einer attraktiven Verwaltung für moderne Menschen **15**

---

18/1/24 – Spielplatz am Liberty-Park endlich sanieren – Spielen soll Freude bereiten **16**

---

## **MEDIEN**

19/1/24 – Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks in Deutschland **16**

---

## **MOBILITÄT**

20/1/24 – Gekennzeichnete LKW-Abstellflächen für mehr Sicherheit an Gehwegübergängen **18**

---

21/1/24 – Lückenschluss beim Busverkehr auf der Riesaer Straße **19**

---

22/1/24 – Eine neue TRAM-Linie für Marzahn-Hellersdorf – Blumberger Damm und Clean-Tech-Business-Park sinnvoll erschließen **19**

---

## **ORGANISATIONSPOLITIK**

23/1/24 – Neuorganisation der Antragskommission **20**

---

24/1/24 – Unsere Wahlkampagnen an die Zeit anpassen! **21**

---

25/1/24 – Schaffung eines Awareness-Teams für die SPD Marzahn-Hellersdorf **22**

---

26/1/24 – Betreuungsangebot für Kinder im Zeitraum der Kreisdelegiertenversammlung **23**

---

## **SPORT & KULTUR**

27/1/24 – Bolz- und Straßensportplätze fit machen – Straßensport für Kinder und Jugendliche als Sozialraum nutzen **24**

---

28/1/24 – Kunstrasen-Sportplätze für vereinsungebundene Sportangebote **24**

---

29/1/24 – Theaterräumlichkeiten für Marzahn-Hellersdorf **25**

---

## **STEUERN & FINANZEN**

30/1/24 – Elektronischer Kontoauszug der Finanzkasse für alle **25**

## **BILDUNG**

### **1/1/24 – Duales Studium Lehrkräfteausbildung**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus  
5 werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Lehrkräfteausbildung schrittweise in  
6 ein duales Studium überführt wird.

7

8 **Begründung:**

9

10 Um den Lehrberuf attraktiver zu machen und Menschen Ängste zu nehmen, ob sie sich  
11 tatsächlich in diesem Beruf bewähren können, ist eine frühzeitige Einbindung in den  
12 Schulbetrieb erstrebenswert.

13 Gleichzeitig hilft ein duales Studium dabei, dem Lehrkräftemangel an der Berliner  
14 Schule entgegenzuwirken.

15 Fach- und Hauptseminare müssen Konzepte entwickeln, wie sie die studierenden  
16 Lehrkräfte fachlich und pädagogisch unterstützen können.

### **2/1/24 – Schulhöfe rechtzeitig qualifizieren**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf, 10/05 Biesdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

17 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

18

19 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamtes und die Fraktion der SPD in der  
20 Bezirksverordnetenversammlung werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass bei  
21 Schulerweiterung durch Modulare Ergänzungsbauten (MEB) auf bestehenden  
22 Schulgrundstücken eine Qualifizierung der Schulhöfe in zeitlicher Nähe zum Absetzen  
23 des MEB abgesichert wird.

24 Dazu ist im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen im Haushalt Vorsorge zu  
25 treffen. An der konkreten Planung des Schulhofes sind Schülerinnen und Schüler sowie  
26 das pädagogische Personal zu beteiligen.

27

28 **Begründung:**

29

30 Mit der Berliner Schulbauoffensive werden neben dem Schulneubau und  
31 Reaktivierungen von Bestandsgebäuden auch Erweiterungen von Schulen  
32 durchgeführt. Zur Erweiterung der bestehenden Schulplatzkapazitäten kommen  
33 vornehmlich Modulare Ergänzungsbauten zum Einsatz. Diese sind zügig zu realisieren

1 und bieten ein gutes Raumangebot. Der Bauträger sichert ergänzend zum MEB die  
2 Schaffung von Fahrradstellplätzen, einem Stellplatz für Menschen mit  
3 Beeinträchtigung (Behindertenstellplatz) und das Anpflanzen von Begleitgrün zu.  
4 Aufgrund des „Fußabdrucks“ der Modularen Ergänzungsbauten fallen häufig für die  
5 Schülerinnen und Schüler wichtige Schulhofflächen weg. Um die Funktionen  
6 „Erholung“ und „Bewegung“ auf den verbliebenen Flächen zu sichern, sollen die  
7 Schulhöfe zeitnah nach Umsetzung der Baumaßnahme qualifiziert werden.

### **3/1/24 – Schulplatzbedarf bei Wohnungsneubaugebieten individuell statt pauschal berücksichtigen**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

8 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
9 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

10

11 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin und die  
12 sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat setzen sich dafür ein,  
13 dass der Bedarf an Schulplätzen bei Wohnneubaugebieten individuell regionenscharf  
14 berechnet wird. Zur regionenscharfen Bedarfsberechnung sollen Indikatoren  
15 herangezogen werden, die die Zuzüge am Ehesten abbilden. Dabei soll die rechtlich  
16 verbindliche 1%-Quote (Schulplatzbedarf pro Neubauwohnung) aufgeweicht und den  
17 realen Bedarfen angepasst werden.

18

#### **Begründung:**

19

20  
21 Bei Wohnneubaugebieten wird der Schulplatzbedarf anhand der rechtlich  
22 verbindlichen 1%-Quote ermittelt. In Bezirken mit überwiegendem Zuzug von jungen  
23 Familien, wie Marzahn-Hellersdorf, entsteht dadurch ein Fehlbedarf von mehreren  
24 hundert Schulplätzen allein bei einem großen Wohnungsbauvorhaben. Die flexible  
25 Berechnung mithilfe von Indikatoren ermöglicht eine bedarfsgerechte Planung von  
26 künftigen Schulplatzkontingenten und einen Zuweisungsbedarf von pädagogischem  
27 Personal.

### **4/1/24 – Lehrkräfte gezielter an die Schulen mit dem größten Bedarf zuteilen**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

28 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
29 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

30

31 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin und die  
32 sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat setzen sich dafür ein,

1 dass voll ausgebildete Lehrkräfte sowie Quer- und Seiteneinsteigende nach einem  
2 definierten Zuteilungsschlüssel vorrangig in die Schulen mit dem höchsten Bedarf  
3 vermittelt werden. Der Zuteilungsschlüssel soll neben der tatsächlichen  
4 Personalausstattung auch die Quote der angehenden Lehrkräfte sowie die Quote der  
5 anleitenden Lehrkräfte berücksichtigen. Die besonderen Bedarfe einer Schule,  
6 beziehungsweise die erschwerend hinzukommenden Faktoren der Schülerschaft, wie  
7 Armut, Flucht und Migrationshintergrund und ein herausforderndes Elternhaus sollen  
8 in diesem Schlüssel ihre Berücksichtigung finden.

9

#### 10 **Begründung:**

11

12 Die Entscheidung der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-  
13 Wunsch (CDU), die gesamtstädtische Lehrkräftesteuerung zugunsten einer  
14 Freiwilligkeit zurückzufahren, stellt einige Schulregionen vor enorme  
15 Herausforderungen, darunter auch und vor allem der Heimatbezirk der Senatorin  
16 Marzahn-Hellersdorf. Auf Anfrage der bildungspolitischen Sprecherin und des  
17 Sprechers der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus speziell für die Region Marzahn-  
18 Hellersdorf offenbart sich das Dilemma der Aussetzung der Steuerung. Schulen mit  
19 einer Quote von 25% an voll ausgebildeten Lehrkräften stehen vor der enormen  
20 Herausforderung, einerseits geeignetes Personal zu akquirieren, welches von der  
21 schlechten Lehrkräfteausstattung der Schule auch eher abgeschreckt sein wird und  
22 andererseits bestehendes Personal weiterhin zu motivieren.

#### **5/1/24 – Das Berliner Lern- und Teamhaus unter pädagogischen Aspekten evaluieren**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme in Fassung der Antragskommission

23 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
24 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

25

26 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus und die  
27 sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat setzen sich dafür ein, dass es eine  
28 langfristige Evaluation des Berliner Lern- und Teamhauses (~~Compartment~~) unter  
29 Berücksichtigung pädagogischer Aspekte geben wird. Die Schwerpunkte der Evaluation  
30 sollen die Wirksamkeit des ~~Compartments~~ **Berliner Lern- und Teamhauses** bei Inklusion  
31 und Ganzttag, die Arbeitsbedingungen des Pädagogischen Personals, die Vorbereitung  
32 auf das Arbeiten im ~~Compartments~~ **Berliner Lern- und Teamhaus** im Rahmen der  
33 Lehrkräfteaus- und weiterbildung sowie die Zweckmäßigkeit der  
34 Funktionszusammenhänge sein. Insbesondere sollen auch die Grundannahmen eines  
35 freien Lernens im Hinblick auf Ablenkbarkeit und Konzentrationsfähigkeit der  
36 Schülerinnen und Schüler (gläserne Wände, Lautstärke), Stress des freien,  
37 eigenverantwortlichen Lernens ggf. schon in unteren Klassenstufen sowie die  
38 Auswirkungen auf Schülerinnen und Schüler aus ärmeren Familien sowie mit  
39 Migrations- bzw. Fluchthintergrund in den Blick genommen werden.

40

1 Die Evaluation soll die Perspektive der Nutzenden einnehmen und nicht von vornherein  
2 einer Reduktion pädagogischer Flächen dienen.

3

4 Das Berliner Lern- und Teamhaus stellt einen grundlegenden pädagogischen  
5 Paradigmenwechsel dar. Daher soll die Evaluation wissenschaftlich begleitet und  
6 öffentlich sowie parlamentarisch breit diskutiert werden.

7

### 8 **Begründung:**

9

10 Die Entwicklung des Berliner Team- und Lernhauses im Rahmen der Berliner  
11 Schulbauoffensive hat zu einem erweiterten Raumangebot und zu neuen  
12 Funktionszusammenhängen geführt. Schulen bilden die pädagogischen Realitäten ab.  
13 Ständen im Frontalunterricht des 20. Jahrhunderts Wissensvermittlung und Konformität  
14 im Vordergrund, so sind die Ansprüche an Bildung im 21. Jahrhundert gewachsen.  
15 Soziale Kompetenzen, friedliche Konfliktregulierung, individuelle Förderung und  
16 inklusive Beschulung sowie kooperatives Lernen stehen im Vordergrund. Das Berliner  
17 Team- und Lernhaus wurde mit dem Ziel guter Arbeits- und Lernbedingungen  
18 konzipiert. Derzeit steht aber aufgrund von Finanzierungsfragen dieser moderne  
19 Schulbau infrage. Eine Evaluierung unter pädagogischen Aspekten kann zur  
20 Weiterentwicklung des Berliner Team- und Lernhauses führen und ist erforderlich, um  
21 zu prüfen, ob die Ziele erreicht werden und nicht unbeabsichtigt bestimmte Gruppen  
22 (z.B. Ärmere und Geflüchtete) benachteiligt werden.

### **6/I/24 – Kinder stark machen – Auch für Notfälle.**

#### **Erste Hilfe und Notfallvorsorge-Kurse im Lehrplan verankern**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

23 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
24 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

25

26 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus und die  
27 sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat setzen sich dafür ein, dass im  
28 Rahmenlehrplan für die allgemeinbildenden Schulen in Berlin Erste-Hilfe-Kurse und  
29 Kurse der Notfallvorsorge verankert werden. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler,  
30 mindestens einmal in der Primarstufe und einmal in der Sekundarstufe, altersgerecht  
31 befähigt werden, in Notfällen Hilfe zu leisten und sich auf mögliche  
32 Gefahrensituationen vorzubereiten. Es ist zu prüfen, ob die Ausbildung in Erster Hilfe  
33 gesetzlich anerkannt und für verschiedene Zwecke nutzbar sein könnte, z.B. bei älteren  
34 Schülern für den Führerschein, die Berufsausbildung oder das Studium.  
35 Kurz- und mittelfristig wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit z.B. den  
36 Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk oder der Feuerwehr, Workshopformate  
37 für Schulklassen zu entwickeln, die die theoretischen und praktischen Kenntnisse in  
38 Erster Hilfe und Katastrophenschutz vertiefen und erweitern.

39

1 **Begründung:**

2

3 Die Gesundheitserziehung in Form von Erster Hilfe und Katastrophenschutz ist ein  
4 wichtiger Bestandteil der Allgemeinbildung und der Persönlichkeitsentwicklung von  
5 Kindern und Jugendlichen. Sie fördert die soziale Kompetenz, die  
6 Verantwortungsbereitschaft und das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler. Sie  
7 trägt auch zur Prävention von Unfällen, Gewalt und Kriminalität bei. Zudem stärkt sie  
8 die Resilienz der Bevölkerung im Falle von Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder  
9 anderen Krisensituationen.

10

11 In Brandenburg ist die Ausbildung in Erster Hilfe bereits seit 2010 im Lehrplan für die  
12 Grundschulen und die Sekundarstufe I vorgesehen. Die Erfahrungen dort zeigen, dass  
13 die Schülerinnen und Schüler mit großem Interesse und Engagement an den Kursen  
14 teilnehmen und positive Rückmeldungen geben. Auch in anderen Bundesländern gibt  
15 es ähnliche Initiativen, die Erste Hilfe und Katastrophenschutz in den Schulen zu  
16 fördern.

17

18 Berlin sollte sich an diesen guten Beispielen orientieren und die Gesundheitserziehung  
19 in Form von Erster Hilfe und Katastrophenschutz im Lehrplan verankern. Damit würde  
20 Berlin nicht nur seiner Verantwortung für die Sicherheit und das Wohlergehen seiner  
21 Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, sondern auch einen Beitrag zur  
22 gesellschaftlichen Solidarität und zum sozialen Zusammenhalt leisten.

**7/1/24 – Multiprofessionelle Teams in die Schulen**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

23 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

24 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

25

26 Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin und die  
27 sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat setzen sich dafür ein, dass in  
28 Schulen endlich flächendeckend multiprofessionelle Teams eingesetzt werden.  
29 Hierbei sollten stufenweise, zuvorderst aber die Schulen besonderen Bedarfen, bzw. die  
30 erschwerend hinzukommenden Faktoren der Schülerschaft, wie Armut, Flucht und  
31 Migrationshintergrund und ein bildungsfernes Elternhaus, in den Blick genommen  
32 werden.

33

34 Bestandteil der multiprofessionellen Teams sollten Sozialpädagog\*innen und -  
35 arbeiter\*innen, Erzieher\*innen, Psycholog\*innen, Heilerziehungspfleger\*innen,  
36 Therapeut\*innen, Kunsterzieher\*innen, Musikpädagog\*innen,  
37 Lernwerkstattpädagog:innen, Dolmetscher\*innen und herkunftssprachliche Lehrkräfte  
38 sowie Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache sein. Gerade die  
39 psychologische Unterstützung und Begleitung als Komponente ist, ob der schlechten  
40 Versorgung und langer Wartezeiten sowohl im ambulanten, als auch stationären



1 Bereich der psychologischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, hier vorrangig  
2 zu gewährleisten.

3

#### 4 **Begründung:**

5

6 Insbesondere für den Ausbau des Ganztags, die Inklusion und die Integration  
7 Geflüchteter braucht es ein Team aus all diesen unterschiedlichen Professionen. So  
8 können Aufgaben und Arbeit den unterschiedlichen Qualifikationen entsprechend  
9 besser verteilt werden. Damit werden die Lehrkräfte und Erzieher:innen entlastet, die  
10 Qualität der Angebote der Schule und der Unterricht verbessern sich. Fachkräftemangel  
11 kann so mindestens abgefedert werden. Dadurch würden die Schulen perspektivisch  
12 personell besser, aufgabengerechter und passgenauer aufgestellt sein.

### **8/I/24 – Produktives Lernen fest verankern**

**Antragssteller:innen:** AfB Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Annahme

13 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
14 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

15

16 Die Lernform des produktiven Lernens (PL) in Form einer Sonderklasse ab Klassenstufe 9  
17 perspektivisch an allen Gemeinschaftsschulen und mindestens der Hälfte der ISS in  
18 Berlin zu etablieren.

19

20 Hierzu sollen in mehreren Schritten:

21

- 22 1. Der potentielle Bedarf pro Schule für die Größe der erforderlichen Klassen  
23 ermittelt werden, um den Platz, die Mittel und das Personal pro Schule anpassen  
24 zu können
- 25 2. Qualifikationsmöglichkeiten für Lehrkräfte erweitert und etabliert werden
- 26 3. Betriebe in Berlin verstärkt über das Produktive Lernen informiert werden, um die  
27 Zahl der Praktikumsbetriebe der steigenden Zahl der Praktikanten anpassen zu  
28 können.

29

30 Die Zahl der Schulabbrecher bleibt seit Jahren auf einem stabil hohem Niveau. Für diese  
31 Jugendlichen bedeutet dies auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen zu haben. Eine  
32 Erwerbslosenbiographie ist nahezu vorprogrammiert. Die Korrektur dieses Missstandes  
33 wird derzeit noch viel zu stark in den Bereich der Erwachsenenbildung und  
34 verschiedenste Projekte ausgelagert und Kinder mit schlechten Abschlussperspektiven  
35 bis zum Ende ihrer Schulpflicht „durchgeschleift“. Schulferne, dicke Schülerakten mit  
36 diversen Akteneinträgen für Unterrichtsstörungen oder schlichte Resignation sind  
37 meist die Folge. Die langfristigen psychischen Auswirkungen solcher  
38 „Versagerbiographien“ sind oftmals fatal. Der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit ist  
39 geebnet. In Zeiten des Fachkräftemangels sind dies Zustände, die wir uns schlicht nicht

1 leisten können. Das produktive Lernen richtet sich an Lernende mit geringer  
2 Abschlussperspektive und bietet ihnen einen Weg aus ihren negativen Erfahrungen.  
3 Die Schülerinnen und Schüler lernen an zwei Tagen in der Woche mit einer reduzierten  
4 Stundentafel, die ganz auf das Erreichen der Abschlüsse (e)BBR und MSA ausgerichtet  
5 ist in der Schule. Die anderen drei Tage verbringen sie in Praktikumsstätten, wobei über  
6 das Schuljahr drei Praktikumsstätten besucht werden, für welche die Schülerinnen und  
7 Schüler sich selbst bewerben müssen.

8  
9 Derzeit bieten nur 24 Schulen diese Form des Lernens an. Einziger Bezirk ohne eine  
10 Möglichkeit des PL ist Marzahn-Hellersdorf. Die Erfolgsquote des PL liegt bei 66% (in  
11 Sachsen-Anhalt konnten bis zu 80% erreicht werden). Das Poten liegt jedoch deutlich  
12 höher. Für viele Schülerinnen und Schüler bedeutet der Eintritt des produktiven Lernens  
13 auch das Verlassen der alten Schule und damit der Verlust der sozialen Strukturen und  
14 erschwert so für einige die Bereitschaft diesen Weg zu gehen.

15  
16 Eine Etablierung an möglichst vielen Schulen soll den Zugang zum PL erleichtern und es  
17 SuS ermöglichen ihre sozialen Strukturen erhalten zu können. Dies soll sowohl  
18 Möglichkeit, wie auch Bereitschaft zum produktiven Lernens erhöhen.

19 Die Erfahrungen mit PL sind durch die Bundesländer hinweg positiv und bieten  
20 Jugendlichen, die im klassischen Bildungssystem keine Chance haben die Möglichkeit  
21 einen ordentlichen Abschluss zu erlangen und bieten ihnen darüber hinaus vielfältige  
22 Einblicke in die Arbeitswelt. Das Berliner Bildungssystem sollte an diese Erfolge  
23 anknüpfen und das produktive Lernen fest in die Schulkultur des Landes verankern.

24

25 *Quellen:*

26 <https://iple.de/berlin/>

27 [www.berlin.de/sen/bildung/schule-und-beruf/berufs-und-studienorientierung/duales-](http://www.berlin.de/sen/bildung/schule-und-beruf/berufs-und-studienorientierung/duales-lernen/)  
28 [lernen/](http://www.berlin.de/sen/bildung/schule-und-beruf/berufs-und-studienorientierung/duales-lernen/)

### **9/1/24 – Kostenfreies Mittagessen ohne Wert – 1 Euro pro Mahlzeit ist auch sozialverträglich**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Diskussion

29 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
30 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

31

32 Die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin soll sich dafür einsetzen, dass  
33 das Mittagessen an Berliner Grundschulen künftig und dauerhaft mit einem Euro pro  
34 Mahlzeit durch die Eltern finanziert wird. Der Essenvertrag soll weiterhin über die  
35 Catering-Unternehmen und in Kenntnisnahme der Schulen geschlossen werden und  
36 der Elternanteil durch diese eingezogen werden.

37

38 **Begründung:**

39

1 Seit der Einführung des kostenlosen Mittagessens an Grundschulen wurden wesentlich  
2 mehr Essenverträge geschlossen als vorher. Die Qualität des Essens steigt stetig durch  
3 die Vorgaben des Senats unter Berücksichtigung der DGE-Standards. Jedoch sind die  
4 Erfahrungswerte vieler Schulen ernüchternd gegenüber der Erwartungshaltung. Der  
5 „symbolische“ Euro soll einerseits die Wertigkeit des Essens hervorheben und  
6 andererseits das Wegwerfen von wertvollen Ressourcen minimieren. Viele Kinder, die  
7 einen Essenvertrag haben, gehen trotzdem nicht essen oder werfen einen Teil der  
8 Portion weg. Der geforderte Euro entspricht in etwa den 20 Prozent, die täglich in den  
9 Mülleimern landen.

### 10/1/24 – Verschattung auf neu gebauten und sanierten Schulhöfen ~~mitdenken~~ beachten

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme in Fassung der Antragskommission

10 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
11 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

12

13 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und im Abgeordnetenhaus von  
14 Berlin sollen sich dafür einsetzen, dass auf neu gebauten und sanierten  
15 Schulhofflächen der Aspekt der großzügigen Verschattung im Bauplanungs- und  
16 Bauumsetzungsprozess mitgedacht wird. So sollen nicht nur überdachte  
17 Tischgarnituren, sondern auch fest verankerte Sonnensegel und ~~oder mit Photovoltaik~~  
18 ~~ausgestattete~~ Pergola-Module in die Planung und Umsetzung einfließen.

19

#### 20 **Begründung:**

21

22 Schulhöfe sind überwiegend versiegelte Flächen, die nach Neubau oder Sanierung  
23 kaum Verschattungsmöglichkeiten bieten. Bis neu gepflanzte Bäume eine geeignete  
24 Größe erreicht haben, vergehen Jahre. Versiegelte Flächen entwickeln sich zu  
25 Hitzeinseln, die gerade für Schülerinnen und Schüler zuweilen gesundheitlich  
26 bedenklich werden können. Temporäre Abkühlung bieten daher großflächige  
27 Verschattungsmöglichkeiten.

## DEMOKRATIE

11/1/24 – AfD-Verbot jetzt prüfen!

Antragssteller:innen: 10/01 Marzahn-Nord & 10/02 Marzahn-Mitte

Votum der Antragskommission: Diskussion

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3 **Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

4

5 Die kürzlich erschienene Recherche des journalistischen Kollektivs "Correctiv" hat noch  
6 prägnanter als zuvor verdeutlicht, dass die AfD in ihrer aktuellen und bisherigen Form  
7 eine Gefahr für Menschen marginalisierter Gruppen darstellt. Mit ihrem sog.  
8 "Masterplan für Deutschland" plante die rechtsextreme, faschistische Partei  
9 migrantisierte Menschen sowie deren Unterstützer\*innen zu "remigrieren", also  
10 gewaltvoll von ihrem Lebensmittelpunkt zu entfernen. Die Enthüllungen stellen dabei  
11 nur die Spitze des Eisberges dar, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die selben  
12 Rechtsradikalen 2015 auf Geflüchtete schießen wollten, den EU-Austritt fordern und  
13 queerfeindliche Äußerungen auf der Tagesordnung stehen.

14

15 Auch die Berliner AfD fällt immer wieder durch rechtsextreme und rassistische  
16 Äußerungen auf. In ~~der BVV Marzahn-Hellersdorf~~ **vielen Berliner Bezirken** erleben wir  
17 immer wieder aufs neue die Radikalität und Menschenfeindlichkeit der Partei – auch  
18 und besonders in der Kommunalpolitik. Als SPD stellen wir uns dieser Entwicklung  
19 jeden Tag entgegen und tolerieren das Agieren einer solchen Partei nicht.

20

21 Wir fordern daher, an den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken die Prüfung eines  
22 Antrages auf ein Verbot der AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG vorzubereiten und beim  
23 Bundesverfassungsgericht einzureichen.

24

25 **Begründung:**

26

27 Gemäß Artikel 21, Absatz 2, gelten Parteien als verfassungswidrig, wenn ihre Ziele oder  
28 das Verhalten ihrer Anhänger darauf abzielen, die freiheitliche demokratische  
29 Grundordnung zu beeinträchtigen, zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik  
30 Deutschland zu gefährden.

31

32 Das bedeutet, dass u.a. die Achtung der Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz  
33 konkretisiert sind - vor allem das Recht auf Leben und freie Entfaltung der  
34 Persönlichkeit, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die  
35 Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf die Bildung und  
36 Ausübung einer Opposition von dieser Partei bekämpft werden. Die AfD versucht  
37 systematisch durch den Aufbau von Strukturen im Hintergrund, und auch durch die  
38 „Sagbarmachung“ von verfassungsfeindlichen Inhalten, genau diese grundlegenden  
39 Prinzipien abzuschaffen. So zeigt die Recherche von Correctiv und auch die zahlreichen

1 Äußerungen von AfD Politiker\*innen, dass gerade die Achtung der Menschenrechte, wie  
2 sie im Grundgesetz (mit-) verbrieft sind, abgelehnt wird. So wollten sie auf „Geflüchtete  
3 schießen“ und leugnen die Existenz von Trans\*personen konsequent. Gleichzeitig  
4 versuchen sie systematisch, demokratischen Strukturen abzuschaffen. Ihre Strategie  
5 beinhaltet die Diffamierung und in Konsequenz die Abschaffung des politischen  
6 Gegners. Dies bedeutet nichts anderes, als die Abschaffung einer Opposition bei einer  
7 AfD Regierung.

8

9 Die AfD und ihre Anhänger\*innen, sowie das mit ihr verbundene Netzwerk, erfüllen  
10 diese Voraussetzungen. Aus diesem Grund ist ein Parteiverbot die logische Konsequenz  
11 aus dem Anspruch einer wehrhaften Demokratie.

12 Wir sind uns bewusst, dass ein Parteiverbot nicht die umfassende Lösung für den  
13 Kampf gegen die verschiedenen Formen von Diskriminierung, die es in unserer  
14 Gesellschaft gibt, darstellt.

15

16 Ein Parteiverbot bleibt jedoch das einzige Mittel, um zu verhindern, dass der  
17 parlamentarische Arm des Faschismus in Deutschland erneut an die Macht gelangt.  
18 Ein Parteiverbotsverfahren hat nie eine Erfolgsgarantie, wie jedes Gerichtsverfahren.  
19 Eine wehrhafte Demokratie muss sich wehren - und die Gefahr, die von der AfD  
20 ausgeht, verlangt, dass wir uns mit allen Mitteln wehren und die Demokratie  
21 verteidigen. Dazu muss ein Verbotsverfahren gehören.

## **ENERGIE & UMWELT**

### **12/1/24 – Anteil Erneuerbarer Energien im Gasnetz erhöhen**

**Antragssteller:innen:** 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Ablehnung

22 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

23 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

24 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

25

26 Die SPD-Mitglieder in Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, sich  
27 einzusetzen für eine Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energie im vorhandenen  
28 Gasnetz auf 65 %.

29

30 Die mehr als 10.000 Biogasbetreiber in Deutschland sollen motiviert werden, das  
31 BIOGAS nicht durch Verbrennung zu verstromen, sondern gereinigt in das Gasnetz  
32 einzuspeisen, um den Anteil fossilen Gases dort zu minimieren.

33

34 **Begründung:**

35 Erfolgt mündlich

## FAMILIEN

13/1/24 – Toiletten auf die Spielplätze – fertig, los

Antragssteller:innen: 10/03 Hellersdorf-Nord

Votum der Antragskommission: Annahme

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3

4 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und im Abgeordnetenhaus von  
5 Berlin sollen sich dafür einsetzen, dass auf öffentlichen Spielplätzen mit  
6 anwohnerübergeordneter Bedeutung Toiletten installiert werden. Dabei soll geachtet  
7 werden, dass die Toiletten barrierefrei und altersunabhängig zugänglich sind. Eine  
8 Wickelmöglichkeit ist obligatorisch. Die Reinigung der Toilettenanlagen soll nach  
9 Frequenz mindestens ein Mal täglich durch beauftragte Dienstleister erfolgen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Viele übergeordnete Spielplätze verfügen über keine sanitäre Einrichtung, so dass  
14 Kinder und Erwachsene in umliegenden Einzelhandel und Gastronomien gehen  
15 müssen. Wenn diese Möglichkeit nicht besteht, bleibt nur noch der Busch oder der  
16 Baum nebenan übrig. Die Hinterlassenschaften schädigen nicht nur Flora und Fauna.

## GESUNDHEIT

14/1/24 – Notfalldosen publik machen - „Im Notfall zählt jede Sekunde“

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

Votum der Antragskommission: Annahme

17 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

18 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

19

20 Die Mitglieder der SPD in der BVV sowie im Abgeordnetenhaus mögen die  
21 entsprechenden Gremien (z. B. Sozialverbände, Sozialämter, die Presse,  
22 Rettungsdienste, medizinische Versorgungseinrichtungen u.a.) auffordern, die SOS-  
23 Notfalldose publik zu machen bzw. auch bei entsprechenden Möglichkeiten  
24 (Hausbesuchen usw.) zu verteilen.

25

26 **Begründung:**

27

28 SOS-Notfalldosen enthalten Informationsblätter zu dem Gesundheitszustand,  
29 Allergien, Medikamenten, Kontaktpersonen und andere Einzelheiten des Erkrankten,  
30 die im Notfall wichtige Informationen für die Lebensretter sind, damit diese noch



1 schneller und besser im Notfall reagieren können. Die Notfalldosen sollen im  
 2 Kühlschrank gut sichtbar abgestellt werden. Der Hinweis zum Vorhandensein der  
 3 Dosen erfolgt durch mitgelieferte Aufkleber, die innen an der Wohnungstür und außen  
 4 an der Kühlschranktür angebracht werden. Lt. Internet gibt es diese Dosen in  
 5 verschiedenen Ausführungen und sollen auch in Apotheken zu kaufen sein.

6  
 7 Nähere Angaben sind aus dem Internet unter [www.notfalldose.de](http://www.notfalldose.de) zu entnehmen.

8



9

### 15/I/24 – Zweiklassenmentalität bei psychiatrischer Behandlung stoppen

**Antragssteller:innen:** AG Selbst Aktiv Marzahn-Hellersdorf

**Votum der Antragskommission:** Diskussion (Empfehlung: Überweisung in die AsG und Rücküberweisung in die AG Selbst Aktiv Marzahn-Hellersdorf)

10 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

11 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

12 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

13

14 Die Sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktionen sollen sich dafür einsetzen, dass  
 15 sowohl Kassenpatienten als auch Selbstzahler gleichberechtigt einen Therapieplatz  
 16 erhalten sollen. Die Warteliste soll sich an die Reihenfolge der eingegangenen Anträge  
 17 orientieren. Des Weiteren soll das Wohnortprinzip bei Klinikaufenthalten dann  
 18 aufgehoben werden, wenn die Möglichkeit besteht, einen früher beginnenden  
 19 Aufenthalt in einer entfernteren Klinik wahrzunehmen.

20

21 **Begründung:**

1  
2 Die Anzahl der Therapieplätze ist gegenüber der Nachfrage sehr begrenzt.  
3 Kassenpatienten haben gegenüber Selbstzahler oft das Nachsehen. Erschwerend  
4 kommt hinzu, dass ein Klinikaufenthalt in einer psychiatrischen Einrichtung dem  
5 Wohnortprinzip unterliegt. Demnach ist es für Patienten nicht möglich, eine früher  
6 beginnende Therapie in Anspruch zu nehmen, weil diese nicht in Wohnortnähe ist.  
7 Patienten, die in psychiatrischer Behandlung sind oder sein sollten, leiden oftmals an  
8 den Herausforderungen der Alltagsbewältigung oder an zusätzlichen extrem  
9 herausfordernden Lebensereignissen.

## KOMMUNALES

### 16/1/24 – Clean-Tech-Business-Park retten – Berlins größtes innerstädtisches Industriegebiet in die Zukunft führen

Antragssteller:innen: 10/03 Hellersdorf-Nord

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

10 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
11 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

12  
13 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und im Abgeordnetenhaus von  
14 Berlin sollen sich dafür einsetzen, dass der Clean-Tech-Business-Park weltweit für  
15 Ansiedlungen beworben wird. Dabei soll einerseits auf die Bedarfe der künftigen  
16 Ansiedlungen Rücksicht genommen werden, andererseits dem Umweltschutz auf der  
17 Fläche Rechnung getragen werden – **sofern dies möglich ist.** Ein  
18 ~~Weiterbildungsstandort speziell für die ansiedelnden Unternehmen und Institute soll~~  
19 ~~vorrangig Menschen aus Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg qualifizieren.~~

20  
21 **Begründung:**

22  
23 Seit der Einrichtung des Clean-Tech-Business-Park im Jahr 2012 hat sich bisher ein  
24 Unternehmen angesiedelt, das bisher im Industriegebiet schon aktiv mit einem  
25 Standort vertreten war. Mit der Beauftragung der WISTA hat sich nicht viel mehr  
26 entwickelt. Der Industriepark steht mittlerweile vor der Herausforderung, dass sich  
27 seltene Tierarten ansiedeln, die aufwendig in geeignete Ausgleichsflächen umgesiedelt  
28 werden müssen. Eine weitere Verzögerung von mehreren Jahren stellt das  
29 Projektkonzept immer mehr infrage.

### 17/1/24 – Generationenwechsel im Bezirksamt mit Konzept – Die Chance einer attraktiven Verwaltung für moderne Menschen

Antragssteller:innen: 10/03 Hellersdorf-Nord

Votum der Antragskommission: Annahme



1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

2

3 Die Fraktion der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf soll sich dafür einsetzen, dass das  
4 Bezirksamt aufgefordert wird, ein Personalentwicklungskonzept für alle Abteilungen  
5 des Bezirksamtes zu entwickeln. Das Konzept soll einheitliche Standards für  
6 Personalprognose, Personalakquise, Personaleinstellung, Arbeitsplatzausstattung,  
7 Weiterbildung, Anleitung, Karrieremöglichkeiten und Gratifikationen beinhalten. Des  
8 Weiteren sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirksamt definierte  
9 Vertretungsaufgaben für nicht anwesende Kolleginnen und Kollegen wahrnehmen, um  
10 den Geschäftsablauf nicht zu verzögern.

11

12 **Begründung:**

13

14 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf steht bis zum Ende des Jahrzehnts vor der  
15 enormen Herausforderung, den Generationenwechsel in den Abteilungen durch  
16 Neueinstellungen zu bewältigen. Dafür muss das Bezirksamt wesentlich attraktiver für  
17 jüngere und motivierte Menschen werden. Die Herausforderung besteht dabei darin,  
18 einerseits die Verwaltungsfähigkeit aufrecht zu halten und andererseits die Bedarfe  
19 einer modernen administrativen Arbeitswelt zu berücksichtigen.

**18/1/24 – Spielplatz am Liberty-Park endlich sanieren – Spielen soll Freude bereiten**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

20 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

21

22 Die Fraktion der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf möge sich dafür einsetzen: dass  
23 der Spielplatz am Liberty-Park endlich saniert wird und zum Teil barrierefrei zugänglich  
24 wird.

25

26 **Begründung:**

27

28 Der Spielplatz am Liberty-Park ist ein Schandfleck im Herzen Hellersdorf. Im Zuge des  
29 Neubaus des Stadtgut Hellersdorfs rund um der Kastanienallee sind viele Familien in  
30 den Einzugsbereich des Spielplatzes gezogen. Der Zustand des Spielplatzes lässt jedoch  
31 zu wünschen übrig. Beschmierte Spielgeräte, unebene Gehwege und zertrampeltes  
32 Grün laden zeugen von wenig Aufenthaltsqualität.

## **MEDIEN**

**19/1/24 – Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks in Deutschland**

**Antragssteller:innen:** 10/04 Alt-Marzahn

**Votum der Antragskommission:** Annahme in Fassung der Antragskommission

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:  
3 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

4

5 An die zuständigen Gremien: SPD-Bundesparteitag, Landesparteitage, SPD-  
6 Abgeordnete im Bundestag, im europäischen Parlament und in den Landtagen  
7 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland steht aktuell vor großen  
8 Herausforderungen. Um seine Relevanz, Effizienz und Akzeptanz zu sichern, bedarf es  
9 grundlegender Reformen. Ziel ist es, eine moderne, transparente und bürgernahe  
10 öffentlich-rechtliche Medienlandschaft zu schaffen, die sowohl regionale als auch  
11 nationale Interessen effizient vertritt und dabei sparsam mit den Beitragsmitteln  
12 umgeht.

13

14 ~~Das kann u.a. durch folgende Vorschläge erreicht werden:~~

15 **Daher fordern wir:**

16

- 17 1. Stärkung der Kooperation bei Auslandskorrespondenten: Angesichts der  
18 strukturellen Unterschiede zwischen ARD und ZDF empfehlen wir, die  
19 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den  
20 Korrespondentennetzwerken zu verbessern. Dies soll Effizienz steigern.  
21
- 22 2. Ausgewogenheit regionaler und überregionaler Inhalte: Wir setzen uns dafür  
23 ein, eine Balance zwischen regionalen und überregionalen Inhalten zu finden,  
24 insbesondere bei Verbraucher- und Gesundheitsmagazinen. Dies soll die  
25 regionale Vielfalt wahren und gleichzeitig Doppelungen vermeiden.  
26
- 27 3. Transparente Gehaltsstrukturen: Die Gehaltsstrukturen in den  
28 Rundfunkanstalten sollten transparent und öffentlich zugänglich gemacht  
29 werden. Eine Orientierung an klaren und nachvollziehbaren Kriterien ist hierbei  
30 essentiell.  
31
- 32 4. Übertragungsrechte und europäische Verantwortung: Wir fordern eine stärkere  
33 Rolle der EU bei der Vergabe von Übertragungsrechten für globale  
34 Sportereignisse. Dies soll gewährleisten, dass öffentlich-rechtliche Sender ohne  
35 zusätzliche Kosten Übertragungsrechte erhalten, und die Interessen der  
36 Beitragszahler gewahrt werden.  
37
- 38 5. Bürgerbeteiligung und Transparenz: Wir setzen uns für eine stärkere  
39 Bürgerbeteiligung bei der Programmplanung und eine höhere Transparenz in der  
40 Verwendung von Beitragsmitteln ein.

41

42 **Schlussfolgerung:**

43 **Begründung:**

44

1 Diese Reformen zielen darauf ab, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland  
2 zukunftsfähig zu machen, indem sie seine Strukturen modernisieren, seine Effizienz  
3 steigern und seine Verantwortung gegenüber den Beitragszahlern stärken.

4

#### 5 **Forderung:**

6

7 Wir fordern die SPD-Abgeordneten im Bundestag, im europäischen Parlament und in  
8 den Landtagen sowie die SPD-Regierungsmitglieder auf, sich für diese Reformen  
9 einzusetzen und die entsprechenden Schritte zu initiieren. Es ist entscheidend, dass der  
10 öffentlich-rechtliche Rundfunk als wichtige Säule der demokratischen Gesellschaft  
11 gestärkt und in seiner Funktion für die Allgemeinheit erhalten bleibt, dabei aber auch  
12 den modernen Anforderungen an Transparenz, Effizienz und Bürgernähe gerecht wird.

13

#### 14 **Umsetzung:**

15

16 Zur Realisierung dieser Reformen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den  
17 Bundesländern, dem Bund und den Rundfunkanstalten erforderlich. Ebenso ist es  
18 wichtig, die europäische Dimension, insbesondere bei der Regelung der  
19 Übertragungsrechte, zu berücksichtigen und aktiv auf EU-Ebene zu agieren.

## **MOBILITÄT**

### **20/I/24 – Gekennzeichnete LKW-Abstellflächen für mehr Sicherheit an Gehwegübergängen**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

20 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

21

22 Die Fraktion der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf soll sich dafür einsetzen, dass  
23 LKW-Stellplätze zu Abstellflächen gebündelt gekennzeichnet werden. Des Weiteren soll  
24 darauf geachtet werden, dass an Gehwegübergängen so viel Abstand gehalten wird,  
25 dass alle am Straßenverkehr Beteiligten unabhängig von der vor Ort geltenden  
26 Geschwindigkeitsregelung ausreichend Sicht zum gefahrlosen Überqueren der Straße  
27 haben.

28

#### 29 **Begründung:**

30

31 Immer mehr LKW parken am Straßenrand der bezirklichen Hauptstraßen. An vielen  
32 Stellen stehen sie direkt vor Gehwegübergängen, so dass eine gefahrlose  
33 Einsichtnahme in den Straßenverkehr für motorisierte als auch nichtmotorisierte  
34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht immer gewährleistet wird. Für LKW-Fahrer hat  
35 das Parken vor Überwegen den Vorteil, dass sie unkomplizierter aus der Parklücke

1 herausfahren können, allerdings zu Lasten der sicheren Einsichtnahme in den  
2 fließenden Verkehr.

### **21/1/24 – Lückenschluss beim Busverkehr auf der Riesaer Straße**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

3 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

4

5 Die Fraktion der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf soll sich dafür einsetzen, dass das  
6 Bezirksamt gegenüber der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und  
7 Umwelt und der BVG eintritt, den Lückenschluss im BVG-Busverkehr zwischen den  
8 Haltestellen Nossener Straße und Riesaer Straße/Louis-Lewin-Straße zu erreichen.

9

#### **10 Begründung:**

11

12 Die Haltestelle Nossener Straße gilt als Linien-Wendepunkt und bedeutet das  
13 Umsteigen für Fahrgäste in Richtung Hönow in die TRAM. Die Haltestelle Riesaer  
14 Straße/Louis-Lewin-Straße ist stadteinwärts die letzte Haltestelle, bevor die Linie in die  
15 Louis-Lewin-Straße abbiegt. Auf der nicht befahrenen Strecke befinden sich zwei  
16 Grundschulen und, eine davon mit übergeordnetem Einzugsgebiet und das  
17 Bürodienstgebäude Riesaer Straße 94, das unter anderem das Jugendamt und das  
18 Sozialamt beheimatet.

### **22/1/24 – Eine neue TRAM-Linie für Marzahn-Hellersdorf – Blumberger Damm und Clean-Tech-Business-Park sinnvoll erschließen**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

19 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

20 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

21

22 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und im Abgeordnetenhaus von  
23 Berlin sollen sich dafür einsetzen, dass eine neue TRAM-Linie im Bezirk zwischen U-  
24 Bahnhof Elsterwerdaer Platz, dem Blumberger Damm mit Anschluss an das  
25 Unfallkrankenhaus Berlin, dem Knotenpunkt Landsberger Allee, der Wuhletalstraße, der  
26 Wolfener Straße mit Anschluss an den Clean-Tech-Business-Park, dem S-Bahnhof Raoul-  
27 Wallenberg-Straße und den Lückenschluss zur Jan-Petersen-Straße geprüft wird. Bei  
28 Bedarfsfeststellung soll die neue Linie in das laufende Investitionsprogramm Berlin  
29 aufgenommen werden.

30

#### **31 Begründung:**

32

1 Die Erschließung des Blumberger Damm vom Süden über das Industriegebiet Marzahn  
2 bis zum Lückenschluss Jan-Petersen-Straße würde ein gesteigertes Fahrgastpotenzial  
3 bedeuten. Die Anbindung des UKB, der Gärten der Welt sowie das Industriegebiet  
4 Marzahn würde den Individualverkehr signifikant senken und eine weitere sinnvolle  
5 Option der Anbindung des Bezirkes an die Innenstadt bedeuten. Sowohl mit der U5, als  
6 auch mit der S7 wären zwei bedeutende ÖPNV-Angebote für den innerbezirklichen  
7 Arbeitsmarkt sowie der Tagesbesucher der touristischen Einrichtungen sinnvoll ergänzt.

## **ORGANISATIONSPOLITIK**

### **23/1/24 – Neuorganisation der Antragskommission**

**Antragssteller:innen:** 10/04 Alt-Marzahn

**Votum der Antragskommission:** Ablehnung

8 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

9

10 Ab der kommenden Wahlperiode 2024-2026 wird die Antragskommission der KDV der  
11 SPD Marzahn-Hellersdorf neu organisiert. Bislang wurde für die Antragskommission  
12 ein Vorsitzender gewählt. Zukünftig wird die Leitung der Kommission nach einem  
13 Rotationsprinzip erfolgen. Gemäß diesem Prinzip werden die Vertreter der Abteilungen  
14 in aufeinanderfolgender Reihenfolge jeweils eine Sitzung organisieren, moderieren und  
15 auf der KDV sprechen. Letzteres kann durch die Antragskommission abweichend  
16 geregelt werden. Der jeweilige Moderator trägt die Verantwortung für die Aufgaben der  
17 AK für die jeweilige KDV-Sitzung (Antragsbuch, Vorstellung der Anträge inkl. Voten,  
18 Antragsbuch inkl. Voten).

19

#### **20 Begründung:**

21

- 22 1. Angesichts eines Gremiums mit nur sieben Mitgliedern, dass lediglich acht Mal  
23 in einer Wahlperiode tagt, erscheint die Wahl eines Vorsitzenden als nicht  
24 zwingend notwendig.
- 25 2. In modernen Organisationen sollten überflüssige Hierarchien und Ämter  
26 abgebaut werden, um die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen.
- 27 3. Die Verteilung der Verantwortung auf die gesamte Antragskommission wird das  
28 Engagement und die Einbindung ihrer Mitglieder fördern. Dies trägt zur Präsenz  
29 der Abteilungen bei und erhöht die Qualität sowie Effektivität der Kommission.
- 30 4. Anders als bei anderen Gremien in der Partei, ist die Arbeit der  
31 Antragskommission nicht kontinuierlich, sondern bezieht sich stets auf eine  
32 konkrete Sitzung der KDV. Es ist bei der Leitung der Antragskommission folglich  
33 keine Kontinuität über die gesamte Wahlperiode notwendig.
- 34 5. Da der/die Vorsitzende/r der Antragskommission nicht im Statut  
35 festgeschrieben ist, sondern lediglich eine Gewohnheit in der SPD Marzahn-  
36 Hellersdorf darstellt, ist eine Neuerung des Vorgehens einfach möglich.

## 24/1/24 – Unsere Wahlkampagnen an die Zeit anpassen!

Antragssteller:innen: 10/04 Alt-Marzahn

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

2

3 Unsere Wahlkampagnen waren bisher verstärkt auf den analogen Wahlkampf  
4 ausgelegt. Jedem sind die dafür entstehenden Kosten und der zeitliche Aufwand  
5 bestens bekannt. Jedoch ist der Erfolg eines analogen Wahlkampfes nur dann messbar,  
6 wenn beispielsweise Flyer mit einem QR-Code ausgestattet sind und dieser messbar ist.  
7 Selbst wenn Wahlplakate über einen QR-Code verfügen, ist es schwierig diesen aus  
8 einem vorbeifahrenden Auto zu scannen.

9

10 Künftig müssen wir unseren Wahlkampf stärker auf einen digitalen Wahlkampf  
11 umstellen. Selbstverständlich kann auch weiterhin ein begrenzter analoger Wahlkampf  
12 mit messbaren Ergebnissen erfolgen. Plakatierungen sollten jedoch nur noch an ÖPNV-  
13 Haltestellen und beispielsweise vor Supermärkten erfolgen. Das sollte sich in dem  
14 Umgang der zur Verfügung gestellten Freikontingente bewegen unter Berücksichtigung  
15 der maximal einsetzbaren Manpower. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei den  
16 Plakaten, um Sondermüll handelt und es sollte grundsätzlich überdacht werden.  
17 Möglicherweise ist ein Einsatz von Wesselmanntafel an hochfrequentiert sinnvoller.

18

19 Fakt ist über die sozialen Medien können wir weiteraus mehr Menschen auch hier im  
20 Bezirk erreichen. Bereits über Facebook und Instagram sind bereits heute über 120.000  
21 Menschen im Alter von 18- 65 plus in unserem Bezirk erreichbar.

22

23 Diese Punkte sollten wir frühzeitig bei der Entwicklung von Wahlkampfstrategien  
24 berücksichtigen:

25

- 26 • Wir machen Wahlkampf an einem Ort mit hoher Bevölkerungsdichte
- 27 • Aufmerksamkeit führt zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung
- 28 • Digitale Wahlwerbung fördert demokratische Partizipation
- 29 • Frühzeitige Kommunikationsmaßnahmen vor Wahlbeginn
- 30 • Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle: Website, Internet, E-Mails,  
31 Mitglieder-Newsletter, soziale Netzwerke, Live, Meetings (WebEX, zoom)
- 32 • Website als zentrales Element der Wahlwerbung mit der Möglichkeit  
33 Bürgeranfragen zu stellen und Verweis zu den nächsten Live-Übertragungen in  
34 denen es die Antworten gibt
- 35 • Gezielte Werbemaßnahmen wie Umfragen und Erinnerungsmails zur Steigerung  
36 der Wahlbeteiligung
- 37 • Informieren der Wahlbeteiligten über Ergebnisse nach der Wahl
- 38 • Professionell durchgeführte Wahlen motivieren zur Teilnahme an zukünftigen  
39 Abstimmungen
- 40 • Digitalisierungsstrategie mit Fokus auf konkrete Mehrwerte für die Bevölkerung vor  
41 Ort

- 1 • Formulierung klarer Ziele für Projekte: Wohlstand, Nachhaltigkeit, gesellschaftlicher
- 2 Zusammenhalt, digitale Souveränität
- 3 • Intelligente Online-Werbung, zielgerichtet auf interessierte Personen
- 4 • Nutzung von Anzeigenformaten und Medien zur Maximierung der Reichweite
- 5 • Aufbau einer Datenbank zur direkten Kommunikation mit Nutzern
- 6 • Möglichkeit zur Rückmeldung und Meinungseinholung von Nutzern

7  
8 Die Kosten für diese Maßnahmen hängen ganz davon ab, was bereits in welchem  
9 Umfang vorhanden ist, wie viel spezifisch die Wahlwerbung gestaltet werden soll und  
10 welche Plattformen genutzt werden sollen.

11  
~~12 Wir laden Mitglieder aus allen Abteilungen ein, sich mit uns innerhalb der nächsten  
13 zwei Monate ein pro Woche oder alle 14 Tage zusammensetzen und eine digitale  
14 Wahlkampfstrategie im ersten Schritt für unseren Kreis ausarbeiten und wir dann  
15 dieses testen und anschließend unsere Ergebnisse für ein weiteres Vorgehen auf  
16 Kreisebene noch vor der nächsten Bundestagswahl 2025 einbringen.~~

## 25/1/24 – Schaffung eines Awareness-Teams für die SPD Marzahn-Hellersdorf

Antragssteller:innen: 10/01 Marzahn-Nord & 10/02 Marzahn-Mitte

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

17 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

18

19 Wir fordern den Kreisvorstand dazu auf, die Voraussetzungen zu schaffen ein  
20 Awareness-Team im Kreis einzurichten. Dieses soll künftig auf  
21 Kreisdelegiertenversammlungen, kreisweiten Veranstaltungen und in der kreisweiten  
22 Kommunikation – analog wie digital – ansprechbar sein und zu einem respektvollen  
23 und diskriminierungsfreien Umgang beitragen.

24

25 Das Awareness-Team wird vom Kreisvorstand jährlich eingesetzt und soll aus drei  
26 Personen bestehen, die die Diversität und Vielfalt der Partei abbilden. Das Awareness-  
27 Team versteht sich als unabhängige und beratende Instanz innerhalb des  
28 Kreisverbandes mit dem Ziel eine produktive und inklusive Arbeits- und  
29 Diskussionskultur zu fördern.

30

### 31 **Begründung:**

32

33 Awareness, oder Bewusstsein, ist ein wesentliches Konzept, das auf die Erkenntnis und  
34 das Verständnis für unterschiedliche Lebensrealitäten und Erfahrungen in einer  
35 Gesellschaft abzielt. Es geht darum, sich der eigenen Position und der der anderen  
36 bewusst zu werden, um ein respektvolles und empathisches Miteinander zu fördern. In  
37 Gruppen wie Parteien ist dies besonders relevant, da hier Menschen mit  
38 verschiedensten Hintergründen und Erfahrungen zusammenkommen.

39

1 Privilegierung und Diskriminierung spielen hierbei eine zentrale Rolle. Privilegierung  
2 bezieht sich auf Vorteile, die bestimmten Personen aufgrund ihrer Merkmale wie  
3 Geschlecht, Bildung oder Herkunft zukommen. Diskriminierung hingegen bezeichnet  
4 die Benachteiligung von Personen aufgrund ähnlicher Merkmale, was sowohl bewusst  
5 als auch unbewusst geschehen kann. Beide Phänomene beeinflussen das  
6 Zusammenleben und die Interaktionen innerhalb einer Gruppe.

7  
8 Awareness-Arbeit zielt darauf ab, Diskriminierung und Gewalt in jeglicher Form zu  
9 erkennen und entgegenzuwirken. Dies beinhaltet den Kampf gegen beleidigendes und  
10 übergriffiges Verhalten, das sich in Form von Sexismus, Rassismus, Homophobie,  
11 Transphobie, Ableismus und anderen diskriminierenden Verhaltensweisen äußern  
12 kann.

13  
14 Das Awareness-Team ist beispielsweise während einer KDV erreichbar und bietet  
15 Unterstützung für diejenigen, die sich diskriminiert fühlen oder deren persönliche  
16 Grenzen überschritten wurden. Es stellt einen geschützten Raum zur Verfügung, in dem  
17 Betroffene in Ruhe sprechen können. Die Hauptaufgaben des Teams umfassen die  
18 Unterstützung von Personen, die Diskriminierung oder persönliche Grenzverletzungen  
19 erfahren haben. Das Team wird aktiv, wenn grenzüberschreitendes oder  
20 diskriminierendes Verhalten beobachtet wird, Betroffene sich melden, andere auf ein  
21 Problem hinweisen oder um Hilfe gebeten wird.

22  
23 Das Awareness-Team agiert für alle Mitglieder des Kreises. Wichtig dabei ist, dass die  
24 Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt steht und sie selbst bestimmen, was für sie  
25 als grenzüberschreitend oder diskriminierend empfunden wird. Das Team bietet Schutz  
26 und Unterstützung, ohne dabei die Rolle eines Problemlösers oder Schlichters  
27 einzunehmen. Vielmehr geht es darum, einen sicheren Raum und Gesprächspartner  
28 bereitzustellen und gemeinsam über mögliche Handlungsweisen zu sprechen.  
29 Insgesamt ist Awareness eine Haltung, die auf Respekt, Empathie und  
30 Gleichberechtigung aufbaut. Sie erfordert ein ständiges Hinterfragen der eigenen  
31 Position und Privilegien sowie ein aktives Engagement gegen Diskriminierung und  
32 Ungleichheit. In einer Partei, wie der SPD, ermöglicht diese Haltung, dass alle Mitglieder  
33 unabhängig von ihrem Hintergrund gleichberechtigt und respektvoll behandelt  
34 werden, was wiederum zu einer produktiveren und inklusiveren Arbeits- und  
35 Diskussionskultur führt.

## **26/I/24 – Betreuungsangebot für Kinder im Zeitraum der Kreisdelegiertenversammlung**

**Antragssteller:innen:** 10/05 Biesdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

36 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

37



1 Mit der Einladung zur Kreisdelegiertenversammlung wird zukünftig der Bedarf an  
2 Betreuungsangeboten während der Kreisdelegiertenversammlung abgefragt und bei  
3 Bedarf ein Angebot zur Betreuung der Kinder von Kreisdelegierten unterbreitet.  
4

5 **Begründung:**

6  
7 Um eine gleichberechtigte Teilhabe an der politischen Willensbildung zu ermöglichen,  
8 soll das Kinderbetreuung auf Kreisdelegiertenversammlungen angeboten werden.

## **SPORT & KULTUR**

### **27/1/24 – Bolz- und Straßensportplätze fit machen – Straßensport für Kinder und Jugendliche als Sozialraum nutzen**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

9 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

10

11 Die Fraktion der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf soll sich dafür einsetzen, dass eine  
12 Auflistung der bestehenden Bolz- und Straßensportplätze auf öffentlichem Boden  
13 erstellt wird und eine Investitionsplanung zur Instandsetzung entwickelt wird. Des  
14 Weiteren sollen die Bolz- und Straßensportplätze bei Kindern und Jugendlichen  
15 bekannter gemacht werden und mit Unterstützung der anliegenden  
16 Jugendfreizeiteinrichtungen, Familien- und Stadtteilzentren mehr genutzt werden.  
17

17

18 **Begründung:**

19

20 Bolz- und Straßensportplätze bieten neben dem Vereinssport die Möglichkeit, sich  
21 vereinsungebunden sportlich zu betätigen und gleichzeitig sozial zu interagieren. Der  
22 Sozialraum der Kinder und Jugendlichen soll perspektivisch mehr frequentiert werden,  
23 um soziale Isolation vorzubeugen.

### **28/1/24 – Kunstrasen-Sportplätze für vereinsungebundene Sportangebote**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme

24 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

25 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

26

27 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und im Abgeordnetenhaus von  
28 Berlin sollen sich dafür einsetzen, dass vereinsungebundene Sportangebote auf  
29 Kunstrasen-Sportplätzen ermöglicht werden. Dazu soll gegebenenfalls die

1 Sportanlagennutzungsverordnung (SPAN) erweitert werden, dass bei Nichtauslastung  
2 der Spielstätten Sportangebote durchführbar sind. Zur Betreuung der Angebote können  
3 Träger der freien Jugendhilfe sowie Bezirkssportbünde unterstützen.

4

5 **Begründung:**

6

7 Vereinsungebundene Sportangebote können lediglich in Parks oder auf kleinen  
8 Bolzplätzen angeboten werden bzw. im Rahmen von angelegten Veranstaltungen  
9 durchgeführt werden. Es gibt jedoch viele Kinder, Jugendliche und Familien, die die  
10 Mitgliedschaft in einem Sportverein nicht wünschen bzw. sich nicht leisten können. Für  
11 diese Menschen soll es die Möglichkeit geben, auch auf Kunstrasen-Sportplätzen  
12 Sportangebote wahrnehmen zu können.

**29/I/24 – Theaterräumlichkeiten für Marzahn-Hellersdorf**

**Antragssteller:innen:** 10/03 Hellersdorf-Nord

**Votum der Antragskommission:** Annahme in Fassung der Antragskommission

13 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

14 ~~Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:~~

15

16 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf ~~und im Abgeordnetenhaus von~~  
17 ~~Berlin~~ sollen sich dafür einsetzen, dass in Marzahn-Hellersdorf Räumlichkeiten für  
18 Theateraufführungen und Theaterproben identifiziert und nutzbar gemacht werden.  
19 Die Anmietung von geeigneten Räumlichkeiten soll finanziell unterstützt werden und  
20 der Ortsüblichkeit angemessen sein.

21

22 **Begründung:**

23

24 In Marzahn-Hellersdorf fehlen geeignete Theaterräumlichkeiten zur Aufführung und  
25 Probe. Theaterschaffende müssen in umliegende Bezirke ausweichen, wenn überhaupt  
26 noch Kapazitäten vorhanden sind. Die Sanierung des „Theater am Park“ lässt noch auf  
27 sich warten und Mietkonditionen gehen weit über das Budget vieler  
28 Theaterschaffenden hinaus. Eine Angebotsentwicklung könnte den gesamtstädtischen  
29 Markt entlasten und mehr kulturelle Angebote nach Marzahn-Hellersdorf bringen.

**STEUERN & FINANZEN**

**30/I/24 – Elektronischer Kontoauszug der Finanzkasse für alle**

**Antragssteller:innen:** 10/08 Wuhletal-Süd

**Votum der Antragskommission:** Annahme

30 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

31 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

1 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

2

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages sollen sich dafür einsetzen, dass  
4 alle Steuerpflichtigen erhalten die Möglichkeit über ihren Elster-Account einen  
5 Kontoauszug der Finanzkasse abzurufen, unabhängig, ob sie von einem  
6 Steuerberater/Rechtsanwalt beraten werden oder nicht. Ein Auszug des Steuerkontos  
7 nutzt insbesondere Unternehmen, die mehrere Arten von Steuern (Umsatzsteuer,  
8 Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, etc.) zu zahlen haben. Mit dieser Lösung soll eine  
9 Gleichbehandlung, auch für diejenigen gewährleistet werden, die sich keinen  
10 Steuerberater leisten können oder wollen. Ein elektronischer Auszug des Steuerkontos  
11 ermöglicht es Steuerpflichtigen schneller auf Zahlungsrückstände oder Pfändungen zu  
12 reagieren und verringert den Verwaltungsaufwand.

13

14 **Begründung:**

15

16 Einen elektronischen Kontoauszug können bisher nur Steuerberater/Rechtsanwälte für  
17 ihre Mandanten abrufen. Für nicht beratene Steuerpflichtige (also ohne Steuerberater)  
18 geht dies bisher nur in Papierform und dann auch nur mit gutem Zureden und guter  
19 Begründung.

20 Die unterschiedliche Behandlung von beratenen und nicht beratenen Steuerpflichtigen  
21 widerspricht dem Gleichheitsprinzip des Art. 3 GG. Zudem dürfte durch eine  
22 elektronische Lösung der Verwaltungsaufwand im Finanzamt reduziert werden. Gerade  
23 bei Zahlungsrückständen oder gar Pfändungen dürfte eine schnellere Information des  
24 Steuerpflichtigen nicht nur diesem, sondern auch der Finanzverwaltung helfen.

25

26 Erläuternder Hinweis:

27

28 Der Antrag ist hier vorrangig für Unternehmer mit mehreren Steuerarten relevant.  
29 Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Lohnsteuer, Grundsteuer,  
30 Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer etc.

31 Für Rentner und Arbeitnehmer, welche i.d.R nur Einkommensteuer zahlen, ist ein  
32 Kontoauszug der Finanzkasse kaum von Nutzen, sollen aber wegen des  
33 Gleichheitsprinzips vom Antrag nicht ausgenommen werden.